

# Antrag

## A8NEU Rechtsanspruch auf Förderung eines Freiwilligendienstes

Antragsteller\*innen:

Status: Modifiziert

### Antragstext

1 Freiwilligendienste im In- und Ausland sind eine besondere Form des  
2 bürgerschaftlichen Engagements. Freiwilligendienste fördern das Einnehmen neuer  
3 Perspektiven und die Fähigkeit, sich mit gegenteiligen Meinungen  
4 auseinanderzusetzen und erhöhen die Sozialkompetenzen. Das Bewusstsein junger  
5 Menschen für den Wert von Solidarität und gesellschaftlichem Zusammenhalt wird  
6 geschärft. In den Einsatzstellen übernehmen Freiwillige Hilfstätigkeiten, die  
7 Fachkräfte entlasten. Sie treiben Projekte voran, die im Alltag aufgrund  
8 begrenzter Kapazitäten zurückgestellt werden würden. Gesellschaftlichen  
9 Fragmentierungsprozessen wird entgegengewirkt, indem sich alle jungen Menschen  
10 milieuübergreifend einbringen können. Konstitutives Element der Dienste ist die  
11 Freiwilligkeit der Teilnehmer\*innen. Denn nur diese motiviert zu weiterem  
12 freiwilligen Engagement.

13 Die Freiwilligendienste sind aus zivilgesellschaftlichen, kirchlichen Strukturen  
14 hervorgegangen und werden seit 1964 in gesetzlichen Strukturen geregelt. Die  
15 Dienste werden als Bildungs- und Orientierungsjahr durchgeführt sowie  
16 arbeitsmarktneutral und an den Interessen der Freiwilligen ausgerichtet  
17 gestaltet. Der Bildungs- und Orientierungscharakter wird im Freiwilligendienst  
18 durch hochwertige pädagogische Begleitung gewährleistet, um die  
19 Persönlichkeitsentwicklung zu unterstützen. Als Zentralstelle für  
20 Freiwilligendienste setzen wir dieses pädagogische Selbstverständnis um und  
21 fordern dies von den Einsatzstellen ein. Dabei ist für uns klar, dass  
22 Freiwilligendienste kein arbeitsmarktpolitisches Instrument sind. Anstatt  
23 Freiwilligendienstleistende an eine kapitalistische Verwertbarkeitslogik zu  
24 verbrennen, setzen wir uns für eine angemessene Förder- und Forderungspolitik  
25 ein. Freiwillige sollen in ihren Interessen gefördert und gleichermaßen in der  
26 Arbeit gefordert werden, statt undankbare Aufgaben zu erledigen. Ein  
27 Freiwilligendienst ist vielmehr eine Chance, den Arbeitsalltag kennenzulernen  
28 und sich weiterzuentwickeln. Dies geschieht unter Einhaltung der  
29 Arbeitsmarktneutralität und gerahmt von qualitativ hochwertiger Bildungsarbeit.

30 Noch immer ist es ein Privileg, einen Freiwilligendienst leisten zu können.  
31 *Freiwillige erhalten für ihren Dienst kein Entgelt, sondern lediglich ein*  
32 *Taschengeld, das nicht ausreicht, um Lebenshaltungskosten zu decken.* Um den  
33 Abbau von strukturellen, insbesondere sozioökonomischen Barrieren in den  
34 Freiwilligendiensten voranzutreiben, bedarf es auch von staatlicher Seite  
35 stärkerer Unterstützung. Ein weiteres Hemmnis zur Leistung eines

36 Freiwilligendienstes ist das Unwissen, wie und wo ein solcher Dienst geleistet  
37 werden kann. Offensive Werbung und niedrigschwellige Informationen für ein  
38 gesellschaftliches Engagement überwiegend junger Menschen in den  
39 Freiwilligendiensten ist notwendig, werden zurzeit allerdings nicht  
40 refinanziert. Gemeinsam mit einer entsprechenden Informationskampagne, einer  
41 „Einladung der Gesellschaft“ zu einem Freiwilligendienst, könnte die Anzahl an  
42 Freiwilligendienstleistenden pro Jahrgang mindestens verdoppelt werden. Nur so  
43 wird ein freiwilliges „**Recht auf Dienst**“ zum konkreten Gegenentwurf zu einer  
44 unsolidarischen „Pflicht zum Dienst“. Und nur so kann die Bundesregierung einen  
45 tatsächlich „nachfragegerechten“ Ausbau und Stärkung der Freiwilligendienste  
46 realisieren, wie sie ihn 2021 im Koalitionsvertrag vereinbart hat.

47 *Ein Pflichtdienst widerspricht den elementaren Freiheits- und Grundrechten, die*  
48 *der Vorstellung eines solidarischen Miteinanders der Generation zuwiderlaufen,*  
49 *ist paternalistisch und schränkt die Zukunftsperspektiven junger Menschen ein.*  
50 *Weiter ist er mit der derzeitigen Fassung des Grundgesetzes unvereinbar, die*  
51 *Vereinbarkeit mit der Europäischen Menschenrechtskonvention ist mindestens*  
52 *strittig. Ein Pflichtdienst wirkt im Gegensatz zum Freiwilligendienst*  
53 *demotivierend und kann zu antriebslosem Absitzen der Dienstzeit führen, was*  
54 *wiederum eine zusätzliche Belastung für die Einsatzstellen darstellt. Wer gegen*  
55 *den eigenen Willen zu einem Dienst an der Gesellschaft gezwungen wird, ist für*  
56 *den Rest seines Lebens eher der Überzeugung, nun genug getan zu haben, was sich*  
57 *kontraproduktiv auf das Ehrenamt auswirkt. Zudem überschreiten die geschätzten*  
58 *Kosten für einen Pflichtdienst die geschätzten Kosten für einen Rechtsanspruch*  
59 *auf Förderung eines jeden geschlossenen Freiwilligendienstvertrages um den*  
60 *Faktor fünf bis acht.*

61 *Als Jugendverbände tragen wir den Beschluss der DBJR-Vollversammlung 2020*  
62 *„Freiwilligendienste jetzt stärken!“<sup>[1]</sup> voller Überzeugung mit. Als*  
63 *Zentralstelle für die Freiwilligendienste tragen wir die Positionen des*  
64 *Bundesarbeitskreis FSJ von 2023 mit: Freiwilligendienste sind ein Gewinn hoch*  
65 *drei: Für die Freiwilligen, für die Menschen in den Einsatzstellen und für die*  
66 *(Welt-)Gesellschaft als Ganzes.<sup>[2]</sup>*  
67 *Darüber hinaus fordern wir:*

- 68 • Eine Abkehr von der politischen Diskussion um einen sozialen Pflichtdienst  
69 und die Beibehaltung der Aussetzung der Wehrpflicht.
- 70 • Eine gesetzliche Garantie und ein entsprechendes *Recht auf Förderung einer*  
71 *jeden Vereinbarung*, die zwischen Freiwilligen, Trägern und Einsatzstellen  
72 zustande kommt. Aus jedem geschlossenen Vertrag für einen erstmaligen  
73 Freiwilligendienst im In- oder Ausland *muss* ein Rechtsanspruch auf  
74 Förderung nach den bewährten Regelungen der einzelnen Programme *erwachsen*.  
75 Die Abdeckung der Kosten durch Bundesmittel und daraus resultierende  
76 Planungssicherheit würde zudem mehr Einsatzstellen generieren.
- 77 • *Die Einführung eines unverbindlichen Informationsschreibens des\*der*  
78 *Bundespräsident\*in an alle Schulabgänger\*innen mit Informationen und der*  
79 *Einladung, sich bewusst für einen Freiwilligendienst zu entscheiden. Eine*  
80 *Anpassung des Schreibens an regionale Begebenheiten kann erfolgen.*

81 [\[1\]https://www.dbjr.de/artikel/freiwilligendienste-jetzt-staerken](https://www.dbjr.de/artikel/freiwilligendienste-jetzt-staerken)

82 [\[2\]https://bak-fsj.de/fsj/mehrwert/](https://bak-fsj.de/fsj/mehrwert/)

## **Begründung**

Der Rechtsanspruch auf Förderung eines Freiwilligendienstes ist ein positives Gegennarrativ zur gesellschaftspolitischen Debatte um einen sozialen Pflichtdienst. Aus jugendpolitischer Sicht erscheint eine Positionierung des BDKJ gegen einen Pflichtdienst geboten und notwendig.